

## A9 Selbstbestimmt solidarisch statt verpflichtend dienen

Gremium: KV Dresden

Beschlussdatum: 21.10.2025

Tagesordnungspunkt: 8. V-Anträge

### 1 **Selbstbestimmt solidarisch statt verpflichtend** 2 **dienen**

#### 3 Keine Wehrpflicht

4 Wir als GRÜNE JUGEND Sachsen lehnen jegliche Vorschläge zu einem Pflichtdienst  
5 entschieden ab. Insbesondere eine Wehrpflicht kommt für uns nicht in Frage! Wir  
6 beobachten die aktuelle Debatte um die Wehrpflicht mit Besorgnis. Ideen, wie mit  
7 einem Losverfahren über die Musterung und ggf. sogar die Einberufung zum  
8 Wehrdienst zu entscheiden, sind nicht nur völlig absurd, sondern vor allem auch  
9 willkürlich und daher womöglich auch verfassungswidrig<sup>[1]</sup>. Wer Dienst an der  
10 Waffe leisten möchte, soll dies tun können. Junge Menschen zum Dienst an der  
11 Waffe zu verpflichten geht aber zu weit. Wir stellen klar: Wir wollen nicht für  
12 Deutschland sterben und wir lassen uns nicht dazu zwingen!

#### 13 Keine Pflichtdienste

14 Auch die Einführung eines verpflichtenden "Gesellschaftsjahres" halten wir für  
15 falsch. Die Annahme, junge Menschen würden sich nicht genug gesellschaftlich  
16 engagieren, ist falsch. Aus dem Bericht des Bundesministeriums für Familie,  
17 Senioren, Frauen und Jugend geht hervor, dass sich junge Menschen sogar mehr in  
18 das freiwillige gesellschaftliche Engagement einbringen als der Rest der  
19 Bevölkerung<sup>[2]</sup>. Die Forderung, dass junge Menschen jetzt dazu verpflichtet  
20 werden sollen, in einem Jahr der Gesellschaft zu dienen, halten wir also nicht  
21 nur für einen massiven Einschnitt in unsere Freiheits- und  
22 Selbstbestimmungsrechte, sondern auch für eine grobe Missachtung unseres  
23 freiwilligen Engagements.

#### 24 Anreize schaffen

25 Wir setzen, statt auf Zwänge, auf bessere Anreize für gesellschaftliches  
26 Engagement. Das bedeutet zum einen eine bessere Vergütung in den  
27 Freiwilligendiensten wie dem FSJ oder FÖJ. Denn für Menschen mit angespannter  
28 finanzieller Situation ist die Machbarkeit eines freiwilligen sozialen Jahres  
29 oft schwer, da dieses nicht genug zum Leben bereitstellt. Nicht jede\*r hat eine  
30 Familie, die einen während des Freiwilligendienstes finanziell unterstützen  
31 kann. Hier geht es aber um mehr als nur ums Überleben. Hier geht es um das gute  
32 Leben. Warum sollte man sich freiwillig melden, um dann in einem harten Job weit  
33 unter Mindestlohn bezahlt zu werden. Es fehlt schlichtweg die gesellschaftliche,  
34 politische und finanzielle Wertschätzung. Freiwilligendienste sind nicht dazu  
35 da, um die Versäumnisse der Politik auszugleichen. Sie sollen ein Verständnis  
36 für gesellschaftliches Engagement schaffen. Dafür muss die Politik auch Geld  
37 bereitstellen. Wir sehen nicht, dass dies passieren wird. Wir haben die  
38 berechtigte Sorge, dass so nur mehr Menschen gezwungen werden, als billige  
39 Arbeitskräfte zu dienen. Das schädigt im Weiteren auch gut ausgebildete

40 Arbeitskräfte in ihren Arbeitskämpfen. Statt das Gehalt und die  
41 Arbeitsbedingungen von einigen Branchen, wie etwa in der Pflege, zu verbessern,  
42 will sich die Politik darauf ausruhen, Jugendliche auszubeuten. Nicht mit uns!

43 Demokratieverdrossenheit bekämpfen

44 Jugendliche würden sich mehr in die Gesellschaft einbringen, wenn sie auch das  
45 Gefühl hätten, von ihr ebenfalls unterstützt zu werden. Da liegt das eigentliche  
46 Problem der Idee von einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr. Es soll versucht  
47 werden, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, in der Annahme, junge  
48 Menschen würden so Demokratie lernen. Doch junge Menschen sind von unserer  
49 Demokratie enttäuscht, da sie zu oft ihre Interessen ignoriert. In den letzten  
50 Jahren haben junge Menschen keine große Beachtung in der Politik gefunden. Zur  
51 Corona-Zeit wurden sie fast komplett von ihr vergessen. Das ist eine Kritik, die  
52 sich auch BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gefallen lassen muss. Wer möchte, dass sich  
53 junge Menschen wieder mehr für Demokratie begeistern und gesellschaftlich  
54 einbringen, muss ihnen ein Zukunftsversprechen geben, für das es sich lohnt zu  
55 kämpfen. Das bedeutet: Es darf nicht mehr am Sozialstaat gespart werden und es  
56 muss für Chancengleichheit gesorgt werden. Wer die Zukunftsängste junger  
57 Menschen nicht ernst nimmt, riskiert die steigende Politikverdrossenheit weiter.  
58 Wer junge Menschen wieder für BÜNDNISGRÜNE Politik gewinnen will, muss ein  
59 anderes Angebot vorlegen, denn damit stößt man unsere Generation nur nachhaltig  
60 von sich weg.

61 [1] [Greenpeace Gutachten](#)

62 [2] [freiwilliges Engagement in Deutschland](#)

## 63 **Selbstbestimmt solidarisch statt verpflichtend** 64 **dienen - in einfacher Sprache**

### 65 Keine Wehrpflicht

66 Wir wollen keine Wehrpflicht. Uns macht die Diskussion über die Wehrpflicht  
67 Angst. Ein Losverfahren für die Bundeswehr ist undemokratisch. Das ist eine  
68 schlechte Idee. Wer bei der Bundeswehr arbeiten will, kann das freiwillig tun.  
69 Niemand sollte dazu gezwungen werden. Wir wollen nicht für Deutschland sterben.  
70 Wir lassen uns nicht zwingen!

### 71 Keine Pflichtdienste

72 Wir finden ein Pflicht-Gesellschafts-Jahr falsch. Junge Menschen helfen oft  
73 freiwillig. Ein Pflicht-Jahr nimmt uns die Freiheit. Es zeigt keinen Respekt für  
74 unser freiwilliges Helfen.

### 75 Anreize schaffen

76 Wir wollen Anreize statt Zwänge. Engagement heißt, freiwillig zu helfen. Wenn  
77 mehr Geld bezahlt wird, gibt es auch mehr. Viele haben wenig Geld zum Leben. Sie  
78 können sich das freiwillige Jahr oft nicht leisten. Freiwillige Arbeit soll  
79 wertgeschätzt werden. Sie soll nicht schlecht bezahlt sein. Freiwillige Arbeit  
80 ist wichtig für die Gesellschaft. Sie soll nicht die Fehler der Politik  
81 reparieren. Die Politik soll mehr Geld für Freiwillige ausgeben. Wir glauben  
82 nicht, dass die Politik das macht. Sie wollen Menschen zwingen, für wenig Geld

83 zu arbeiten. Das schadet auch den gut ausgebildeten Arbeitern. Denn die bekommen  
84 dann keine Lohnerhöhung.

85 Vertrauen in die Politik stärken

86 Jugendliche helfen mehr in der Gesellschaft, wenn sie Unterstützung spüren. Ein  
87 Pflicht-Gesellschafts-Jahr soll den Zusammenhalt stärken. Man denkt, junge  
88 Menschen lernen so Demokratie. Aber das stimmt nicht. Junge Menschen sind  
89 enttäuscht von der Demokratie. Sie finden, die Politik hört nicht auf sie. In  
90 den letzten Jahren beachtet die Politik junge Menschen wenig. In der Corona-Zeit  
91 hat die Politik sie fast vergessen. Unsere Partei muss das ändern. Wir wollen,  
92 dass junge Menschen wieder an Demokratie glauben. Dafür brauchen junge Menschen  
93 ein Versprechen für die Zukunft. Es muss sich lohnen, für die Zukunft zu  
94 kämpfen. Der Staat darf nicht weniger Geld für soziale Hilfe geben. Alle  
95 Menschen sollen die gleichen Chancen bekommen. Wir müssen die Sorgen junger  
96 Menschen ernst nehmen. Ein Pflicht-Gesellschafts-Jahr beschädigt das Vertrauen  
97 von jungen Menschen.

## Unterstützer\*innen

Damian-Aidan Koenig; Marlen Drechsler; Marcel Doege; Anna Kahlich